

Biogasrat+ rügt Bundesregierung

[20.02.2014] Der Industrieverband Biogasrat+ zweifelt an der bisherigen Ausrichtung der Energiepolitik in Deutschland. Biogas- und Biomethan dürfen nicht ausgebremst werden.

Der Vorstand und die Geschäftsführung des Industrieverbandes Biogasrat+ haben gestern (19. Februar 2014) scharfe Kritik an der Energiepolitik der Bundesregierung geübt. „Bei allem Verständnis für den Druck aus Brüssel ist es sinnlos, ein neues Fördersystem für erneuerbare Energien auf den Weg zu bringen und die Neuordnung des gesamten Strommarktes dabei nicht gleich mit zu behandeln“, sagte Anton Daubner, Vorsitzender des Biogasrat+. Dadurch erkläre sich, warum die Bundesregierung fast ausschließlich auf den schnelleren Ausbau von Wind- und Sonnenenergie setzt und Biogas- und Biomethan aussen vor lasse. Reinhard Schultz, Geschäftsführer des Verbands: „Wer 2050 eine zu 80 Prozent erneuerbare Energieversorgung will, muss damit anfangen, auch die Absicherung von Wind und Sonne schrittweise durch Kraftwerke zu organisieren, die erneuerbare Brennstoffe einsetzen. Da kommt der hocheffizienten Kraft-Wärme-Kopplung eine besondere Bedeutung zu.“

Negative Konsequenzen für Betreiber

Die vorliegenden Planungen für ein neues Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) sieht vor, den Zubau für Biomasseanlagen auf insgesamt auf 100 Megawatt im Jahr zu begrenzen. „Das reicht vielleicht für kleine bayrische Gülleanlagen, die wichtig für den Boden- und Grundwasserschutz sind, aber nicht für eine Strom- und Wärmeversorgung im industriellen Maßstab“, erklärte Daubner. Reinhard Schultz ergänzt: „Die Bundesregierung will bis zum Jahr 2020 25 Prozent der Stromversorgung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), entzieht aber bereits bestehenden Anlagen rückwirkend die bislang garantierte Möglichkeit, nach Auslaufen der zehn Jahre KWK-Förderung weitere zehn Jahre ins EEG zu wechseln.“ Viele Betreiber von KWK-Anlagen würden dann wirtschaftlich notleiden, viele Biomethan-Einspeiseanlagen in Konkurs gehen. „Das motiviert kein Stadtwerk und keinen privaten Investor, sein Geld in KWK-Technologie zu stecken“, so Schultz. Der Biogasrat+ geht davon aus, dass diese Konsequenzen bislang von Teilen der Politik nicht durchschaut worden sind.

(ma)